

# BLICKPUNKT

Zum Jahresende 2005

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim  
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 11

Dezember 2005

Jahrgang 34

## Heidenheimer Haushaltsplan 2006 gegen die Stimmen der DKP verabschiedet

Gegen die Stimmen der DKP wurde der Haushaltsplan für 2006 von der schwarzen/roten/neoliberalen Koalition im Rathaus beschlossen. Ein Haushaltsplan, der den positiven Stimmungsbildern, die seitens der Stadtverwaltung, insbesondere von OB Ilg, verbreitet werden, in keiner Weise gerecht wird. Noch verspürt die Mehrheit der Menschen in der Stadt die finanzielle Not nicht. Die Zuschüsse zur Landesgartenschau und zu anderen Sa-

nierungsprojekten sind gegessen. Die Finanzplanung für die Zukunft ist

schlecht. Das „moderne“ Heidenheim wird nach 2006 von Heulen und Zähneklappern begleitet sein. OB Ilg redet

wird deutlicher. Es sei kein Geheimnis, dass die Kommunen einem deutlichen Werteverzehr unterliegen und dass sich



die Bürgerschaft auf teilweise schmerzhaftem Einschnitte einstellen müsse. Keiner von beiden, weder OB Ilg noch Stadtkämmerer Zeeb, zeigen Alternativen auf, wie diese Finanznot der Stadt zu beheben wäre. Noch nie in der Kommunalgeschichte der Stadt Heidenheim mussten aus dem Vermögen der Stadt die Verwaltungsausgaben finanziert werden. Die Stadt Heidenheim lebt trotz der sichtbaren

ganz allgemein von der Not in den Kommunen, sein Stadtkämmerer Zeeb

Baumaßnahmen von der Substanz.



## DKP: Sozialpolitik hat Vorrang

### DKP Antrag abgelehnt

Rund 1,5 Mio. Euro mehr in der Haushaltskasse für eine kommunale Sozialpolitik, hätte der Gemeinderat dem Antrag der DKP, die Gewerbesteuer von 360 auf 380 Punkte anzuheben, zugestimmt.

DKP Stadtrat Huber begründete, dass rund 80% der Gewerbesteuereinnahmen von maximal 5 Groß- und Konzernbetrieben erbracht werden. Die

großzügigen Steuerentlastungen der Kapitalgesellschaften in den vergangenen Jahren durch die Steuerreformen rechtfertige eine Gewerbesteuererhöhung. Den Kapitalgesellschaften werde durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer weniger genommen, wie den Kapitalgesellschaften durch die Steuergeschenke aus Berlin gegeben wird.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer

sei nicht vertretbar, so die Stadtverwaltung. Antrag abgelehnt.

### DKP Antrag abgelehnt

Wegen läppischer 4.000,-Euro erachten es Gemeinderat und Stadtverwaltung für nicht möglich, einen Arbeitskreis „Schule-Stadt“ mit dem Ziel zu bilden, mehr gegen rechte Gewalt und Neofaschismus

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

zu tun, unter Einbeziehung sachkundiger Organisationen.

Als Schulträger habe die Stadt keine Möglichkeit bestimmte Themen vorzugeben.

Antrag abgelehnt. **Anmerkung:** Einen Arbeitskreis Schule-Wirtschaft gibt es. Dieser Arbeitskreis des Arbeitgeberverbandes wirkt direkt mit Lernvorlagen und

anderen Hilfestellungen auf die Meinungsbildung der Lehrer und Schüler ein.

### **DKP Antrag abgelehnt**

Mit der Abschaffung der sog. Fehlbelegungsabgabe bei Sozialwohnungen, so DKP Stadtrat Püschel, könne ein Relikt aus der Vergangenheit zum Abbau von Bürokratie beitragen. Zumal die

Einnahmen von 35.000,- Euro die Ausgaben der Verwaltung nicht decken.

Die Fehlbelegungsabgabe, die von einigen Mietern zu bezahlen ist, werde zur Verbesserung des Wohnumfeldes verwendet, so die Stadtverwaltung. Antrag abgelehnt. Kein überzeugendes Argument.



### **OB Ilg: Kein Straßenname nach der Frauenrechtlerin Clara Zetkin.**

**OB bleibt dabei: „Basta“**

Nicht der Gemeinderat, nein, OB Ilg, die Verwaltung, lehnen eine Straßbenennung nach einer der bedeutendsten Frauenrechtlerin ab. „Ich bitte Sie um Respekt“, so OB Ilg, „aber in der Gesamtbetrachtung ist eine Straßbenennung nach jemandem nicht möglich, der das demokratische System bekämpft hat“. Als KPD-Mitglied habe sie mit „wütender Aggressivität“ die Sozialdemokratie und die Weimarer Republik bekämpft. Ohne Respekt vor den Mühen der IG Metall-Frauen wurde ihr Anliegen verwaltungsmäßig abgeschrieben. Stuttgarts Altbürgermeister Manfred Rommel, ein CDU Parteigenosse von Ob Ilg, würdigte Clara Zetkin anlässlich des 90-jährigen Jubiläums des Waldheims „Clara Zetkin“ in Stuttgart. OB Rom-

mel erinnert sich: „Ich kannte noch Menschen, die Clara Zetkin begegnet sind. Sie hoben übereinstimmend ihre menschliche Wärme und ihre soziale Gesinnung hervor. Dass Clara Zetkin Kommunistin war, ändert nichts daran, dass sie in der deutschen Geschichte einen würdigen Platz verdient“. Als Mitglied im SPD Parteivorstand organisierte sie mitten im 1. Weltkrieg eine internationale Frauenkonferenz, die aufrief den Krieg zu beenden. Deswegen wurde sie verhaftet und eingesperrt. 1919 wurde sie Mitglied in der KPD. Als Alterspräsidentin hielt sie 1932 ihre letzte Rede im Reichstag, in der sie



Delegierte zum Intern. Soz. Arbeiterkongress Zürich 1893 mit Clara Zetkin, Friedrich Engels, August Bebel, Eduard Bernstein

zum Widerstand gegen Krieg und Faschismus aufrief. Clara Zetkin verstarb am 22.06.1933 in der Sowjetunion.

Clara Zetkin hinterlässt eine Biographie, die mit der heutigen Zeit vergleichbar ist: Sozialabbau, Neofaschismus und Kriegseinsätze damals wie heute.

Das Geschichtsbild von OB Ilg scheint unvollständig.

## **Die DKP Heidenheim wünscht allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen guten „Rutsch“ in das Neue Jahr 2006**

Neben den persönlichen Vorsätzen und den Wünschen, bleibt es für uns Arbeiter und Angestellte in unserer Stadt, aber insbesondere für Obdachlose, Hartz IV Betroffene und den Ein-Euro-Jobber, dass wir uns an unseren eigenen Bedürfnissen orientieren und uns nicht von der Berliner Koalition täuschen lassen.

**Widerstand ist gegen den weiteren Sozialkollaps 2006 notwendig  
Stehen wir zusammen. Lassen wir uns nicht weiter die Butter vom Brot nehmen.**

# **WASG**

**Die Wahlalternative**

**Am 26. März 2006 denken Sie daran, wählen Sie unseren DKP Stadtrat Reinhard Püschel, als Kandidat der **WASG**, in den Landtag von Baden Württemberg**

